

Milliardärin überwies Partei knapp 1 Million Euro und stückelte Zuwendungen

Horten größte ÖVP-Spenderin

Äußerst überraschend hat die ÖVP gestern ihre Spenden aus dem Jahr 2018 und dem ersten Halbjahr 2019 veröffentlicht. Insgesamt flossen in diesem Zeitraum 2,76 Millionen Euro an die Türkisen. Mit 931.000 Euro größte Einzelspenderin ist Heidi Horten – die Sofortmeldung an den Rechnungshof umging die Milliardärin, indem sie ihre finanziellen Zuwendungen stückelte.



Unterstützerin von Sebastian Kurz: Heidi Horten

Die ÖVP ist damit klarer Spendenkaiser unter den Parteien. Was bisher nicht bekannt war: Die österreichische Kunst-Sammlerin und Milliardärin Heidi Horten (78) zählt mit Abstand zu den großzügigsten Unterstützerinnen von ÖVP-Chef Kurz. Sie hat im Jahr 2018 stolze 588.000 Euro an die Türkisen gespendet und von Jänner bis Juli 2019 noch einmal 343.000 Euro. Ihre Spenden waren allerdings gestückelt, sodass eine sofortige Meldung an den Rechnungshof nicht erforderlich war.

Brisant: Dividiert man den Gesamtbetrag von Hortens Spenden durch den Spendenzeitraum von 19 Monaten, kommt man auf eine monatliche Summe von 49.000 Euro. Ab 50.000 Euro hätte sie nach der damaligen Rechtslage ihre Spende sofort melden müssen. Hortens Name fiel übrigens auch im Ibiza-Video, in dem Ex-FPÖ-Chef Strache sie im Zusammenhang mit möglichen verdeckten Parteispenden nannte.

Gestückelt haben ihre Spenden außerdem der Tiroler Industrielle und Porn-Hauptaktionär Klaus Ortner, der 2018 und heuer insgesamt 621.000 Euro überwiesen hat, und der ehemalige Präsident der Industriellenver-

einigung Peter Mitterbauer – er spendete in Summe 298.000 Euro.

Türkise: Spenden „gesetzeskonform“

Die Volkspartei betonte in ihrer öffentlichen Aussendung am Dienstag, dass die Spenden „alle gesetzeskonform“ an die Bundespartei geflossen seien, was auch der unabhängige Transparenz-Senat bestätigt habe.

Scharfe Kritik an der Vorgehensweise übten FPÖ, Neos und die Grünen. Letztere orten sogar einen „Spenden-skandal“. Die ÖVP habe fast drei Millionen „mittels Stückelung an Rechnungshof und Öffentlichkeit vorbeigeschuggelt“, wertet Grünen-Wahlkampfleiter Thimo Fiesel.

Künftig zahlt den Makler nur noch, wer ihn beauftragt hat

Türkis-rotes Zuckerl an Mieter kommt noch vor der Wahl

Zum Start der heißen Wahlkampfphase forderte nun auch die ÖVP, dass Maklerprovision nicht mehr auf den Mieter abgewälzt werden soll – die „Krone“ berichtete. Jetzt soll's schnell gehen: Beschlossen dürfte das Ganze noch vor der Wahl werden, und zwar auf SPÖ-Initiative.

Am Anfang war das Zuckerl: Um mit einer populären Idee in den Intensivwahlkampf zu starten, forderte die ÖVP das Ende der Abwälzung von Maklergebühren auf Mieter. Sprich: Sofern der Makler nicht vom Mieter beauftragt wurde, ist dessen Provision vom Vermieter zu berappen. Derzeit liefern Mieter meist satte zwei Monatsmieten ab.

Diesen Meinungsschwenk der ÖVP – in den vergangenen Jahren war sie stets gegen eine derartige Reform – wollte die SPÖ sogleich auf die Probe stellen: Wie Jörg Leichtfried zur „Krone“ sagte, wird die SPÖ bereits in der nächsten Nationalratssitzung einen entsprechenden Antrag einbringen. Die Roten fordern ein Ende der Maklergebühren

für Mieter schon lange, scheiterten aber immer am schwarzen Veto. Und siehe da: Die Türkisen kündigten nun hernach gleich an, dem Vorhaben sofort zuzustimmen. „Wir werden entsprechende Vorhaben im Parlament unterstützen“, erklärt die Partei. Eine Zustimmung der FPÖ zeichnet sich eher nicht ab, wäre letztlich aber auch nicht vonnöten.

Kritik am Plan kommt – immer noch – aus der schwarzen Wirtschaftskammer: All das hätte keinen positiven Effekt für Mieter, heißt es. Klaus Kunitzfelder

EHRLICH GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

FPÖ-Chef Hofer bestätigt, dass es ohne Freispruch kein Strache-Comeback geben kann. Dieser wird sich jetzt eine Freisprech-einrichtung für sein neues Handy besorgen.

FRAGE DES TAGES

Glauben Sie noch an ein Polit-Comeback von Strache?



KRONE.AT-VOTING
36.190 TEILNEHMER, Stand 20 Uhr

WAHLKAMPFSCHIEDSRICHTER

Weniger Blabla, mehr präzise Infos!

Norbert Hofer erfüllt mit seinen Aussagen zum Klimaschutz im ORF-„Sommergespräch“ nicht die Anforderungen an einen für den Wähler fairen Wahlkampf. Zwar ist erfreulich, dass er den Menschen als Ursache des Klimawandels nicht leugnet, dass er der Kernenergie kritisch gegenübersteht und dass er die Nahverkehrsmilliarden fordert. Auf die Frage nach dem

Tempolimit 140 km/h meinte er jedoch, dass dies in einem dekarbonisierten Verkehr ideal wäre. Der Verkehr ist aber nicht dekarbonisiert und wird es auch in den nächsten Jahren nicht sein. Der logische Schluss wäre daher: Jetzt das Tempolimit senken. Warum sagt er das nicht? In dieser sechsminütigen Passage habe ich herausgehört: Hofer will keine sozial-ökologischen Steuern, dafür eine Senkung der Mehrwert-

steuer auf Erneuerbare Energien. Das hätte er in einem Satz sagen und die übrigen fünfzehn Minuten dafür nutzen können, zu erklären, wie er damit auch nur in die Nähe des von Österreich völkerrechtlich verbindlich zugesagten Beitrags zur Erreichung des Pariser Klimaziels gelangen will. Die Zuschauer haben ein Recht auf präzise Informationen.

Dazu ein persönlicher, nicht näher erklärter Angriff auf den Greenpeace-Chef – das erfordert eine Gelbe Karte!



Klimaforscherin Helga Krömp-Kolb analysiert.

Schmutzig? Unfair? Unsachlich? Unsinnig? Unabhängige hochkarätige „Krone“-Wahlschiedsrichter verteilen Rote und Gelbe Karten für politische Fouls.

Parlament könnte schon bald dazu beitragen, dass Mercosur-Handelspakt fällt

Handelspakt droht jähes Aus

Die Umweltschützer von Greenpeace appellieren via Brief an die Abgeordneten, den unstrittigen EU-Handelspakt mit Südamerika zu stoppen. Tatsächlich dürfte das österreichische Veto schon bald im Parlament einzementiert werden – womit der nicht nur hierzulande kritisierte Pakt in den Startlöchern steckenbliebe.

Beliebt ist der geplante Mercosur-Handelspakt zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten nicht gerade: Frankreich, Irland, Polen und Belgien hegen massive Bedenken gegen den Pakt, der laut Umweltschützern zu einem enormen Anstieg an Fleisch-

An die Abgeordneten zum Nationalrat

GREENPEACE

Regenwaldzerstörung stoppen, nachhaltige Landwirtschaft bewahren

Importen aus Südamerika zugunsten europäischer Industrie-Exporte hinauslief. Kritiker schlagen Alarm, dass dadurch die heimische Landwirtschaft unter die Räder der mächtigen Konkurrenz aus Südamerika käme. Auch würde das Abkommen – es wäre übrigens

Parlament könnte Veto einzementieren

Doch auch hierzulande ist die Front gegen den Mercosur-Pakt breit: ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne sind gegen das Vorhaben. Und noch im Herbst könnten die österreichischen Zweifel gegen den Vertrag einzementiert werden, wie Greenpeace nun in einem Brief an die Abgeordneten fordert. Das funktioniert wie folgt: In einer wohl im September stattfindenden Ausschusssitzung könnten die Parteien mit einfacher Mehrheit paktieren, dass der jeweilige Vertreter Österreichs im Rat der EU Nein zum Abkommen sagen muss – und weil der noch in Bearbeitung befind-

liche Deal im Rat die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten bedarf, wäre es jäh darum geschehen – wohl nicht nur, aber auch wegen des österreichischen Vetos.

Mit einer Abstimmung auf EU-Ebene rechnen Experten frühestens in einem halben Jahr. Betroffen wäre davon also vermutlich erst der Wirtschaftsminister der nächsten Regierung – die Veto-Pflicht geht auf diesen jedenfalls über. „Diese bindende Stellungnahme hätte auch nach den Nationalratswahlen Bestand“, heißt es im Greenpeace-Brief.

Sollte der nächste Wirtschaftsminister wider einen Beschluss für den umstrittenen Pakt votieren, müsste er laut dem Parlamentsexperten Werner Zögeritz mit einem Misstrauensantrag rechnen. Gegeben hat es einen derartigen Fall allerdings noch nie.